

Der „geschönte“ Wähler

FORSA-Chef MANFRED GÜLLNER über Meinungsumfragen im Superwahljahr: Rechenkünstler machen mit geschönten Prognosen Stimmung für die Bundesregierung

VON MANFRED GÜLLNER

SPD im Stimmungshoch, „SPD baut Abstand zur Union aus“, „Steuerdiskussion hat der SPD nicht geschadet“: das waren einige der Schlagzeilen, mit denen viele Zeitungen in ihren Wochenendausgaben über das Ergebnis des letzten ZDF-Politbarometers berichteten. Dumm für die SPD, daß diese Umfrageergebnisse zum Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung längst überholt waren: Die ZDF-Zahlen fingen lediglich den SPD-Sympathieschub nach der Niedersachsenwahl am 13. März ein.

Die Bürger zeigten sich tatsächlich von Gerhard Schröders Sieg beeindruckt. Der SPD-Wert schnellte bundesweit um sechs Punkte hoch, von 41 auf 47 Prozent. Doch schon am Montag danach sah das Bild völlig anders aus. Die vernichtenden Urteile der Schleswig-Holsteiner bei den

SPD-PARTEITAG
16.11.1992

Mit Hilfe dieses Beobachtungs-instrumentariums lassen sich Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse tatsächlich lückenlos nachzeichnen, wie auch die folgenden Beispiele zeigen:

► Zum zehnjährigen Kanzlerjubiläum Helmut Kohls kletterte der Wert von CDU/CSU um sechs Prozentpunkte von 33 auf 39 Prozent. Am 3. Oktober 1992 lag die Union in der Wählergunst zwei Punkte vor der SPD.

► Nach dem SPD-Parteitag im November 1992, auf dem Björn Engholm das leidige Thema Asylrecht erledigte und ein freundliches Presseecho erhielt, während die wirtschaftlichen Erwartungen der Deutschen immer pessimistischer wurden, sackte die Union wieder auf einen Wert von 34 Prozent. Die SPD stieg auf 45 Prozent.

► Durch ihr Zaudern in Bonn sackte die Union mit 29 Prozent kurz vor der hessischen Kommunalwahl im März 1993 auf einen Tiefststand. Die SPD hin-

heute gewählt: Dann nämlich käme die SPD nur auf 39 Prozent, der CDU/CSU-Wert aber kletterte auf 36 Prozent.

Wie aber können aus 47 Prozent 39 und aus 29 Prozent 36 werden? Das ist nicht – wie etwa in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 26. März behauptet – das Ergebnis auf die Frage „Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre – welche Partei würden Sie wählen?“, sondern die Folge rechnerischer Korrekturen. Auf die Frage: Welche Partei würden



WAHL SCHARPINGS
25.6.1993

durch, daß Unentschlossene den Parteien „zuteilt“ werden. Angenommen wird also, daß die Union in der aktuellen Stimmungsmessung ungünstiger abschnidet als bei einer echten Wahl. Ihr Wert wird deshalb – etwa beim letzten ZDF-Politbarometer – um sieben Punkte nach oben, der SPD-Wert um acht Punkte nach unten „justiert“.

Solche Korrekturen allerdings sind mehr als fragwürdig, denn niemand weiß heute, wie die Wähler im Laufe des Superwahljahres 1994 ihre Meinungen wechseln. Werden wirklich so viele Unentschlossene, wie unterstellt, im Herbst wieder der Union ihre Stimme geben? In der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 16. März behauptet Elisabeth Noelle-Neumann vom Allensbacher Institut für Demoskopie, viele Unions-Wähler vom Dezember 1990

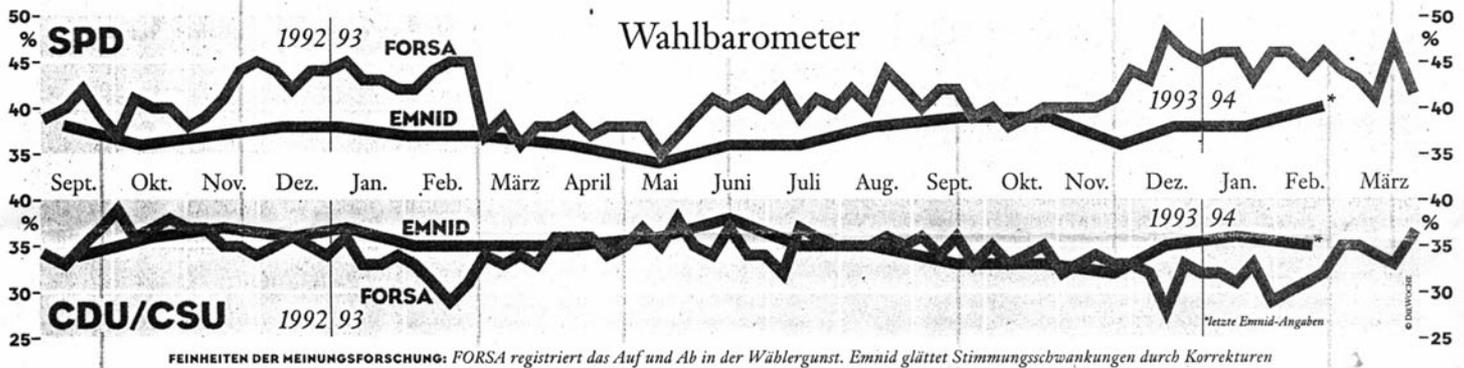
Immerhin veröffentlicht das ZDF überhaupt noch die Ziffern der aktuellen politischen Stimmung. Im „Spiegel“ werden nur die für die Union „schön“ gerechneten Emnid-Ergebnisse verbreitet; von der Dynamik der Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse der Bürger ist nichts mehr zu erkennen. Glaubt man der „Spiegel“-Kurve, hätte nicht ein einziges Ereignis in den letzten ein-



SPD-PARTEITAG
15.-18.11.1993



LANDTAGSWAHL IN NIEDERSACHSEN
20.3.1993



KOHL: ZEHN JAHRE KANZLER
1.10.1992

Kommunalwahlen, vor allem aber Rudolf Scharpings Steuerpläne ließen bei den Bürgern wieder Zweifel an der politischen Kompetenz der SPD aufkommen. Schröders Sympathiebonus war schnell verspielt: Innerhalb einer Woche fiel der SPD-Wert auf das Niveau vor der niedersächsischen Landtagswahl zurück. Die Steuerdiskussion hat der Partei in Verbindung mit den Wahlverlusten von Schleswig-Holstein also doch geschadet; der SPD-Wert liegt nicht mehr – wie vom ZDF behauptet – bei 47, sondern nur noch bei 42 Prozent.

Derart präzise Informationen über die sensiblen Reaktionen der Wähler erhält man allerdings nur, wenn man kontinuierlich befragt. Zufällige Momentaufnahmen wie im Beispiel des ZDF reichen nicht aus. Die Woche nutzt deshalb ein Ende 1991 von FORSA und RTL entwickeltes Beobachtungsverfahren, bei dem jeden Tag 500 (wechselnde) Bürger befragt werden. So erhält man eine Datenbasis von 2 500 Befragten pro Woche (im Monat 10 000, im Jahr 120 000).

KOMMUNALWAHL HESSEN
7.3.1993

gegen lag – trotz der Diskussion über die Kieler „Schubladen“-Affäre – bei 45 Prozent.

Unter dem Eindruck der verheerenden SPD-Niederlage in Hessen aber sank der SPD-Wert in der Woche nach der Wahl um acht Punkte auf 37 Prozent. Allerdings konnte davon die Union nicht viel profitieren.

► Die SPD blieb nach Engholms Rücktritt im Stimmungstief. Erst die Entscheidung der SPD-Mitglieder für Rudolf Scharping half ihr wieder auf die Beine.

► Folgen hatte vor allem der SPD-Parteitag im November 1993: Die zunehmend freundliche Berichterstattung über die Partei und ihren neuen Vorsitzenden brachte die SPD-Werte in neue Höhen, die CDU-Werte hingegen in den Keller.

► Veränderungen gab es erst wieder Ende Februar mit dem CDU-Parteitag in Hamburg, kurz vor der Niedersachsenwahl. Die CDU stieg erst um drei Punkte und verbesserte sich schließlich allmählich von 29 auf 35 Prozent. Der SPD-Wert hingegen fiel um fünf Punkte von 46 auf 41 Prozent. Schröder hatte keinen Rückenwind aus Bonn.

Ein weiterer Blick auf die ZDF-Zahlen offenbart noch eine Merkwürdigkeit: Gerade hat der Zuschauer die Information vom angeblich aktuellen Stimmungshoch der SPD vernommen, da erfährt er schon, alles habe wenig Bedeutung, würde



ENGHOLM-RÜCKTRITT
3.5.1993

Sie wählen, fände am nächsten Sonntag eine Wahl statt?, antworteten in der zurückliegenden Woche 25 Prozent der Befragten, sie wollten der Union ihre Stimme geben. Die SPD kam auf 30, die FDP auf drei, Bündnis '90/Grüne auf sieben, PDS ebenso wie Republikaner auf zwei und die sonstigen Parteien auf ein Prozent. Sieben Prozent aber gaben an, sie würden sich an einer Wahl nicht beteiligen, weitere 23 Prozent waren unschlüssig.

Da aus diesen Ziffern die wenigsten Politiker, Journalisten und Leser unmittelbare Rückschlüsse auf Stärkeverhältnisse von Parteien ziehen können, werden diejenigen, die sich nicht für eine Partei entscheiden – so wie bei einer richtigen Wahl auch –, bei der Berechnung der Parteienstärken nicht berücksichtigt. Das ergibt dann die im WOCHE-Wahl-Barometer (auf Seite 1 oben rechts) wiedergegebenen Werte: CDU/CSU 36, SPD 42, FDP fünf, B'90/Grüne zehn, PDS drei, Republikaner zwei und Sonstige zwei Prozent. Diese Werte sind ein adäquates Spiegelbild der momentanen Stimmung im Lande. Der Nachteil ist: Die Regierenden erhalten zu schlechte Werte. Ohnehin sinkt erfahrungsgemäß die Sympathie für die Regierungsparteien in Bonn zwischen zwei Bundestagswahlen deutlich.

Um diese Schönheitsfehler zu beheben, werden Umfrageergebnisse „korrigiert“. Zum Beispiel da-

CDU-PARTEITAG
12.-14.9.93
und
BÜRGERSCHAFTSWAHL HAMBURG
19.9.1993



CDU-PARTEITAG IN HAMBURG
20.-23.2.1994

würden sich „unter dem Druck des Meinungsklimas“ – das die SPD begünstige und CDU/CSU benachteilige – im Augenblick nicht zur Union bekennen. Kann es nicht auch sein, daß sie einfach mit der Union und ihrer Politik unzufrieden sind?

Die in der „FAZ“ geschilderten „Korrekturen“ und „Justierungen“ haben wenig mit methodischen Überlegungen, viel aber mit politischer Optik zu tun. Lange Zeit hatte auch der Datenlieferant des ZDF, die Forschungsgruppe Wahlen, die methodisch redliche Auffassung geteilt, es sei unmöglich, Monate vor einer Wahl prognostische Aussagen über deren Ausgang zu machen. Ausgewiesen werden könnten immer nur aktuelle politische Stimmungen. Erst ein Beschluß des ZDF-Verwaltungsrates führte dazu, daß das ZDF-Politbarometer nunmehr eine „gespaltene“ Zahl ausweist: eine der jeweiligen Aktualität entsprechende politische Stimmung sowie die „Projektion“, bei der aus günstigen SPD-Stimmungstendenzen eher schlechte Werte werden.

einhalb Jahren bei den Bürgern Reaktionen ausgelöst: Kohls Zwischenhoch findet sich ebensowenig wie der Absturz der SPD nach der Hessen-Wahl. Die Stimmungskurven suggerieren Statik: Egal was passiert, die Bürger reagieren kaum. In Wirklichkeit ändern die Wähler ihre Meinungen in rascher Folge.

Was hier versucht wird, ist, eine politische Stimmung zu schönen. Denn die ist vom Unmut des Wählers geprägt, der sich von den Politikern mißachtet fühlt. Um so mehr haben Sozialforscher die Pflicht, zu zeigen, wie es tatsächlich um die Stimmung bestellt ist. Die wahren Konturen des Wahlergebnisses am 16. Oktober aber werden erst in den Umfragen zu erkennen sein, wenn die Deutschen kurz vor der Entscheidung stehen.



MANFRED GÜLLNER (52)
ist Leiter von FORSA, Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH, in Dortmund/Berlin